

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung der nachstehenden Pressemitteilung.

### **Drei Männer für's Grobe**

Der Artikel im Erftkurier vom 11.10.2017 der „ganz großen Koalition“, die mit der Schlagzeile für ISEK wirbt: „Ich weiß nicht, wer immer diese miese Stimmung gegen ISEK macht“, verdeutlicht in ungekanntem Maße, wie einige „Volksvertreter“ mit Bürgern dieser Stadt und deren geäußerter Kritik umgehen.

Da gibt es den Ratsherrn Holzgräber, SPD, die sich einen einzelnen engagierten Bürger „herauspickt“ um ihn an den Pranger zu stellen, da gibt es einen „Chefplaner“ der FDP, Dr. Cremerius, dem es absurd erscheint, über soziale Probleme im Bahnhofsquartier im Zusammenhang mit der Stadtentwicklungsmaßnahme ISEK zu diskutieren und schlussendlich gibt es den CDU-Fraktionsvorsitzenden Kaiser, der ganz offensichtlich falsche Informationen aus der Verwaltung ungeprüft als Tatsachen „verkaufen“ will, um in der Öffentlichkeit Zweifel an der Integrität einzelner Personen zu schüren, erklärt die Fraktionsvorsitzende von „Mein Grevenbroich“, Martina Suermann.

Auch einem Herrn Holzgräber dürfte nicht entgangen sein, dass es eine Vielzahl von Kritikern an der Verkehrsplanung für das Montz- und Bahnhofsquartier gibt. Es ist eben nicht nur eine Person, die sich zu Wort gemeldet hat. Die kritischen Anmerkungen seitens des Werberings und des Einzelhandelsverbands prallen ganz offensichtlich ebenso an ihm ab. Es geht wohl eher um eine Demonstration der Macht der Entscheider und weniger um den Willen, die beste Lösung mit den Betroffenen zu finden.

Auch Herr Dr. Cremerius versucht mit Halbwahrheiten öffentlich Stimmung zu machen, weder die betroffenen Bürger, noch andersdenkende Politiker wollen sich die Chancen eines Städtebauförderungs- und Entwicklungsprogramms entgehen lassen. Dafür braucht es diese drei Herren nicht. Unzählige Male wurde die Maßnahme in Veranstaltungen, Leserbriefen und Pressemitteilungen grundsätzlich begrüßt. Wenn es aber um wichtige Detailfragen geht, scheinen manche bewusst wegzuhören, weil es nicht ins eigene Bild passt. Kritik an Teilmaßnahmen, wie beispielsweise die Einbahnstraßenregelung für die Bahn- und Rheydter Straße muss jedoch erlaubt sein, insbesondere wenn Fachverbände wie der Einzelhandelsverband deutlich auf mögliche negative Konsequenzen hinweist. Immer wieder betonten Politiker, wie wichtig die Rückkoppelung aus der Bevölkerung für die politische Entscheidungsfindung ist. Aktuell kann man jedoch den Eindruck gewinnen, dass Bürger sich möglichst nur dann zu Wort melden sollen, wenn deren Äußerungen mit der Meinung der „großen Politiker“ übereinstimmen, frei nach Carol Travis und Elliot Aronson: „Ich habe immer recht, auch wenn ich mich irre!“

Der Fraktionsvorsitzende der CDU Kaiser ist ganz offenbar nicht richtig informiert, wenn er behauptet, dass sich bei einem Vor-Ort Termin mit Eigentümern an der Bahnstraße alle ohne Ausnahme positiv zur Einbahnstraßenregelung geäußert hätten. Nach Rücksprache mit einigen Teilnehmern wurde uns bestätigt, dass die Einbahnstraßenregelung bei dem besagten Ortstermin überhaupt nicht diskutiert wurde und ergo gar nicht bewertet werden konnte. Herr Kaiser wäre gut beraten, wenn er solche Behauptungen nicht ungeprüft veröffentlichen würde. Aber natürlich passen diese einfach besser zur These, dass die „schweigende Mehrheit“ (wer kann sie eigentlich hören...?) sowieso auf Linie ist und nur einige wenige Querulanten sich lautstark zu Wort melden.

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die Bürger sich angesichts dieser kommunalpolitischen Ignoranz resigniert und fassungslos zurückziehen. Es gelingt eben auch den „großen Parteien“ vor Ort nicht mehr, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Die Quittung dafür haben einige doch schon bei der letzten Bundestagswahl bekommen, oder? Und 2020 ist in Sicht.

Wir bedanken uns für Ihre redaktionelle Berücksichtigung.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne persönlich zur Verfügung: 0171-5221149

Mit freundlichen Grüßen



Martina Suermann  
Fraktionsvorsitzende